

Vorlage Stadtparlament

Datum 25. Januar 2022
Beschluss Nr. 1347
Aktenplan 152.15.11 Stadtparlament: Postulate

Förderung von nachhaltigem Bauen bei öffentlichen und privaten Bauvorhaben; Postulatsbericht

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat «Holzbau, eine Massnahme zur Verringerung des CO₂-Ausstosses» wird als erledigt abgeschrieben.

Das Stadtparlament hat an seiner Sitzung vom 25. Februar 2020 das Postulat «Holzbau, eine Massnahme zur Verringerung des CO₂-Ausstosses» mit abgeändertem Wortlaut und folgendem Postulatsauftrag für erheblich erklärt:

«Die Stadt St.Gallen fördert bei öffentlichen und privaten Bauvorhaben ökologische und nachhaltige Bauweisen (z.B. Holzbau). Der Stadtrat zeigt in einem Bericht Instrumente und Massnahmen auf, wie dieses Ziel erreicht werden kann und stellt gegebenenfalls Antrag an das Stadtparlament.»

1 Ausgangslage

Die Schweiz hat sich im Rahmen des Pariser Klimaübereinkommens verpflichtet, ihren Treibhausgasausstoss bis 2030 gegenüber dem Stand von 1990 zu halbieren und ab dem Jahr 2050 netto keine Treibhausgase mehr auszustossen. Die Kantone und Gemeinden sind aufgefordert, diese Ziele umzusetzen. Die Stadt St.Gallen hat zur Zielerreichung im Jahr 2020 die Roadmap für eine Null-Tonnen-CO₂-Gesellschaft verabschiedet und erweitert zurzeit das Energiekonzept 2050 mit den Bereichen Konsum und Ressourcen. Weiter wurde ebenfalls im Jahr 2020 das Umweltkonzept verabschiedet. Dieses fokussiert insbesondere auf die Themen Stadtklima und Stadtnatur und hat zum Ziel, die Stadt über das 21. Jahrhundert hinaus als vielfältigen und gesunden Lebensraum zu sichern. Die entsprechenden Vorgaben zur Qualitätssicherung und zur Emissionsverminderung definieren auch für das Bauwesen die konzeptionellen Grundlagen.

2 Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz SNBS

Als Bauherrin orientiert sich die Stadt mit Blick auf Fragen des Treibhausgasausstosses und der Nachhaltigkeit am «[Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz SNBS](#)» des Bundesamts für Umwelt. Dieser Baustandard nimmt für sich in Anspruch, sämtliche Dimensionen der Nachhaltigkeit zu berücksichtigen und entsprechend die Bedürfnisse von Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft umfassend in die Planung, den Bau und den Betrieb von Gebäuden miteinzubeziehen. Der SNBS deckt neben den Themen der erneuerbaren Energien, der Treibhausgasreduktion, des umweltschonenden Baus und Betriebs auch gesellschaftliche Themen wie Partizipation, hohe Nutzungsqualität (Hindernisfreies Bauen) sowie gesundheitliche Kriterien ab. Zusätzlich kommen auch wirtschaftliche Gesichtspunkte wie Standortwahl und Ertragspotenzial zum Tragen. Nach SNBS zertifizierte Gebäude sollen so einerseits gesund und ökologisch, andererseits aber auch auf die Bedürfnisse der Nutzenden ausgerichtet und optimal in ihre stadträumliche (soziale) Umwelt eingebettet sein.

Bedeutende Voraussetzung für diese Herangehensweise ist die Sicht auf den gesamten Lebenszyklus eines Bauwerks. So wird eine ressourcenschonende und energieeffiziente Bau- und Betriebsweise über den gesamten Lebenszyklus (Erstellung, Unterhalt, Betrieb, Rückbau) vorausgesetzt. Im Bereich Umwelt sollen so ein hoher Anteil an erneuerbaren Energien, die ressourcenschonende Erstellung und der umweltfreundliche Betrieb den CO₂-Ausstoss eines Gebäudes insgesamt reduzieren. Der SNBS orientiert sich dabei an einem weitreichenden [Katalog von Indikatoren](#):

- Energiebedarf Erstellung
- Energiebedarf Betrieb
- Energiebedarf Mobilität
- Treibhausgasemissionen Erstellung
- Treibhausgasemissionen Betrieb
- Treibhausgasemissionen Mobilität
- Baustelle
- Ressourcenschonung und Verfügbarkeit
- umwelt-, entsorgungs- und gesundheitsrelevante Bestandteile
- systematische Inbetriebnahme
- Energiemonitoring
- Abfallentsorgung und Anlieferungsbedingungen
- Mobilitätskonzept
- Flora und Fauna
- Versickerung Retention
- bauliche Verdichtung.

Der in Zusammenarbeit von öffentlicher und privater Hand (Netzwerk Nachhaltiges Bauen Schweiz) erarbeitete Baustandard basiert auf bereits in der Schweiz geltenden Verordnungen, Normen und Empfehlungen und kombiniert bereits bewährte Konzepte des Nachhaltigen Bauens. Der SNBS ist gleichzeitig in der Lage, neueste Forschung und Entwicklungen in den relevanten Bereichen Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft aufzunehmen. Als Ganzes ist er schliesslich abgestimmt auf die eingangs erwähnten Ziele des Bundes zur Reduktion des CO₂-Ausstosses.

Über den SNBS hinausgehende, neue, innovative Lösungen werden angestrebt, wenn diese aus einer ganzheitlichen Sicht besser sind. Dabei stehen einfache bauliche Lösungen (Low-Tech) im Vordergrund.

3 Baustoffe

Mit dem SNBS fördert und fordert der Stadtrat nachhaltiges Bauen aus ganzheitlicher Sicht – ein Ziel, das sowohl mit Massiv- wie auch mit Holzbauweise erreicht werden kann. Die Verwendung von nachhaltigen Baustoffen – bevorzugt aus der Region – reduziert die graue Energie und fördert das Innenraumklima.

Die ökologischen Vorteile, welche Holz in seiner unveränderten Form als Baumaterial insbesondere hinsichtlich der CO₂-Bilanz in der Produktion aufweist, sind evident. Bauholz speichert CO₂ für Jahrzehnte und leistet kurz- und mittelfristig einen wichtigen Beitrag zur Zielerreichung des Energiekonzepts 2050. So wird denn nach SNBS die Verwendung von Holz im Vergleich zu Beton auch positiv beurteilt. In Bezug auf die Personensicherheit (Brandschutz und Erdbebensicherheit) zeigte sich Holz lange als nachteilig, weshalb es bei grösseren und vor allem höheren Gebäuden nur bedingt eine Option für die Primärkonstruktion darstellte. Dank Erkenntnissen aus Forschung und Entwicklung sowie langjähriger Erfahrungen im Holzbau konnten insbesondere hinsichtlich des Brandschutzes viele Einschränkungen für Holzbauten beseitigt werden. In den entsprechenden Vorschriften wird der Baustoff Holz inzwischen ohne Sonderregelungen abgehandelt. Werden die hohen Qualitätsansprüche der Brandschutzvorschriften eingehalten, können Holzbauteile mit entsprechenden Brandschutzkonzepten für alle Nutzungen und sämtliche Gebäudekategorien eingesetzt werden. In jüngerer Zeit forschen und experimentieren Planende, Ingenieurinnen und Ingenieure und Unternehmungen an Produkten und Verfahren in den Bereichen Holzsystembau, Materialtechnologie, Holzschutz, Wärme- und Schalldämmung, Konstruktion und Gestaltung. Derzeit befinden sich gar erste Holzhochhäuser in Ausführung, welche schweizweit grosse Beachtung geniessen. Dennoch gilt es, im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtungsweise neben der CO₂-Bilanz auch andere Aspekte zu betrachten. Viele Holzwerkstoffe sind Verbundwerkstoffe, welche verleimt und deren Oberflächen beschichtet sind (s. Kriterien SNBS). Auch innovative Holzkonstruktionen lassen sich kaum in reiner Form umsetzen, da die Steifigkeit eines Gebäudes und dessen Gründung im Erdreich meist nur mit Stahl oder Beton zu gewährleisten sind. Mischformen sind deshalb unerlässlich. Auch gilt es, architektonische und ortsbauliche Aspekte bei der Materialisierung zu berücksichtigen.

Zahlreiche jüngere Erkenntnisse hinsichtlich der Anwendung von Holz im Bauwesen waren bereits im traditionellen Holzbau bekannt, sind jedoch durch die Industrialisierung abhandengekommen. Im Zentrum dieser jüngsten Erkenntnisse steht die Prämisse, dass Holz möglichst rein und unbehandelt eingesetzt werden sollte. Nach Möglichkeit ist regionales Holz zu verwenden. Auch die (spätere) Wiederverwendung von Bauteilen im Sinne der Kreislaufwirtschaft will vorbereitet sein. Dazu müssen die Bauteile unversehrt demontierbar sein, damit sie erneut zum Einsatz kommen können. Dies bedingt jedoch die Vorbereitung einer späteren schadlosen Trennung der Bauteile schon bei der Planung von deren konstruktiver Fügung. Für Konstruktionsholz sollten wenn möglich nicht verleimte Massivholztraglelemente prioritär verwendet werden. Bei höheren Belastungen kann darauf indes kaum verzichtet werden. Wenn Verbundwerkstoffe (Dreischichtplatten, Spanplatten, OSB-Platten usw.) nicht zu vermeiden sind, ist darauf zu achten, dass diese nicht mit chemischen Klebern, sondern mit dem holzeigenen Lignin gebunden werden. Da Lignin im Gegensatz zu chemischen Klebern mit Wärme abgebunden wird, muss zwar mehr Energie aufgewendet werden, jedoch bleiben so die bauphysikalischen positiven Eigenschaften von Holz, wie die Aufnahme und Abgabe von Feuchtigkeit oder seine Diffusionsoffenheit, erhalten. Aus denselben Gründen ist darauf zu achten, dass die Oberflächen von Holz nicht behandelt werden. Sollte dies unvermeidbar sein, so sind Behandlungen mit chemischen Lösungsmitteln (auch solche auf Wasserbasis) oder nanotechnologische Produkte zu vermeiden. Holz

kann Wärme nicht effizient und langfristig speichern. Lehm – beispielsweise in Böden, Wänden oder Decken – kann diese Eigenschaft mit geringster CO₂-Belastung ergänzen.

Sowohl im Massivbau (Mauerwerk und Beton) als auch im Stahlbau wie auch bei der Verwendung von Glas sind Bestrebungen zur Reduktion der Umweltbelastung im Gange. Bei der Herstellung dieser Materialien wird zunehmend nicht erneuerbare durch erneuerbare Energie ersetzt, bei der Produktion wird daran geforscht, wie die Prozesse weniger energieintensiv oder CO₂-emissionsärmer gestaltet werden können, ohne dass die Materialeigenschaften dadurch massgeblich verändert werden. Alternative Baustoffe werden zur Marktreife gebracht.

Am meisten fällt die jüngere Entwicklung bei Betonwerkstoffen auf. Hier forschen Universitäten wie auch Unternehmungen an der Herstellung und dem Verbau von Beton mit verringerter Umweltbelastung. Die Forschung verfolgt in diesem Bereich verschiedene Stossrichtungen. Als sogenannter zirkulärer Beton wird Recyclingbeton bezeichnet, in welchen atmosphärisches CO₂ eingelagert wird. Carbonbeton, auch bekannt als Textilbeton, senkt seine CO₂-Belastung aufgrund der Verwendung von Zement mit einer veränderten Rezeptur, die es erlaubt, niedrigere Brenntemperaturen anzuwenden. Mit dem sogenannten Erdbeton wird an einer Alternative geforscht, bei der Lehm wie Beton in Schallungen gegossen werden kann. Beton kann auch mit Holz oder Hanf als Armierung angereichert werden. Die Materialeigenschaften weichen jedoch teils beträchtlich vom herkömmlichen Beton ab, so dass auch ein wichtiger Teil der Forschung die Anwendung und Persistenz der Eigenschaften betrifft.

Beim Mauerwerksbau sind, abgesehen von Stampflehm, vorgefertigte Lehmsteine, also ungebrannte Ziegel, wiederentdeckte Bautechniken für nichttragende Wände, welche intensiv diskutiert werden. Deren ästhetische Eigenschaften stossen auf grosses Interesse und tragen zu einem guten Raumklima bei. Wärmedämmsteine sind bereits länger bekannt, weit erprobt und bieten in monolithischer Bauweise eine nachhaltige Alternative zu Kompaktfassaden.

Aufgrund der hohen Erstellungsenergie sollte Stahl nur dort eingesetzt werden, wo die statischen Vorteile – also bei grossen Spannweiten – überwiegen. Hinsichtlich kreislaufwirtschaftlicher Betrachtungen zeigt sich der Stahlbau indes gutmütig, können Bauteile aus Stahl vergleichsweise gut und unmittelbar wiederverwendet werden.

Glas verbraucht bei der Herstellung vergleichsweise viel Energie und emittiert damit viel CO₂. Je technisch ausgereifter das Fensterglas (Beschichtungen, tiefe Dämmwerte etc.) ist, desto grösser ist in der Regel auch der Anteil an grauer Energie bzw. CO₂-Ausstoss und desto weniger Tageslicht wird eingelassen. Glas muss deshalb sehr bewusst eingesetzt werden. Dabei sind der Tageslichtbedarf, solare Gewinne und der Vogelschutz zu berücksichtigen und mit dem Dämmwert ist die Graue Energiebelastung abzugleichen. In einem ganzheitlichen Nachhaltigkeitskonzept kann es also sinnvoll sein, weniger Glas mit einem tieferen Dämmwert und hoher Lichttransmission einzusetzen als einen höheren Fassadenanteil von hochdämmendem Glas.

Während der Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz SNBS die Verwendung von Holz bevorzugt behandelt, schliesst er eine Verwendung anderer Baustoffe mit Blick auf die Nachhaltigkeit nicht aus. Vielmehr fokussiert er auf eine gezielte Verwendung von ressourcen- und umweltschonenden Materialien, die zur Erstellung eines nachhaltigen und effizienten Gebäudes beitragen.

4 Nachhaltiges Bauen in gesamtheitlicher Sicht

Dem Stadtrat und der Verwaltung stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, die Ziele des Standards Nachhaltiges Bauen Schweiz zu erreichen. Die Stadt St.Gallen geht einerseits als Eigentümerin und Bauherrin als Vorbild voran. Andererseits nimmt sie mit Beratung und Aufklärung sensibilisierend, mit Förderung und Anreizen unterstützend und mit spezifischen Auflagen und Rahmenbedingungen lenkend aktiv Einfluss.

4.1 Die Stadt als Eigentümerin und Bauherrin

Als Bauträgerin und Bestellerin kann die Stadt St. Gallen insbesondere bei Neubauten – im Verwaltungs- und im Finanzvermögen – die Dichte, die Qualität und die Materialisierung und damit die Nachhaltigkeit ganz im Sinne des SNBS gewichten und massgeblich bestimmen. Sie tut dies im Rahmen der spezifischen baurechtlichen Bedingungen.

Bei Sanierungen stehen Materialisierung und energetische Aspekte im Vordergrund, da hier viele Konzepte wie Ortsbau oder Haustechnik häufig bereits gegeben sind. Dennoch bieten Verdichtung und Suffizienz, also insbesondere die überlegte Bestellung und der damit einghergehe geschickte entwerferische Umgang, viele Optimierungsmöglichkeiten. Abbruch bedeutet eine Vernichtung von grauer Energie. Dies ist ein Aspekt, der in der jüngsten fachlichen Diskussion eine höhere Gewichtung erfährt, weshalb die Bestandssanierung und -verdichtung proklamiert wird. Hier sind leichte Bauweisen, wie sie etwa die Holzbauweise bietet, im Vorteil.

4.1.1 Varianzverfahren

Bei grösseren Vorhaben wie beispielsweise Erweiterungs- und Neubauten schreibt die Stadt St.Gallen gemäss dem öffentlichen Beschaffungswesen (BöB/VöB) Varianzverfahren (meist Projektwettbewerbe) aus. Dabei bildet die Nachhaltigkeit neben städtebaulich-architektonischen, funktionalen und ökonomischen schon seit Langem ein Kriterium in den entsprechenden Wettbewerbsprogrammen. Allerdings genügte dafür bisher in der Regel der Nachweis, dass bei der Weiterbearbeitung ein Nachhaltigkeitslabel erfüllt wird. Innovative, ressourcenschonende Konzepte (Haustechnik, Materialisierung, Konstruktion etc.) wurden nicht explizit nachgefragt.

Das Thema Nachhaltigkeit soll in Zukunft ganz im Sinne des SNBS neben ortsbaulichen, architektonischen und ökonomischen Kriterien konsequenter eingefordert werden. Dies gelingt insbesondere dann, wenn die Ansprüche der Bauherrschaft und der Nutzenden in der Ausschreibung explizit definiert sind. Den planenden Teams soll die klare Absicht der Bauherrschaft signalisiert werden, sodass innovative, ressourcenschonende Konzepte entstehen und in der Beratung der Jury die entsprechende Beachtung finden. Bereits vor der Weiterbearbeitung der ausgewählten Projekte sind Lebenszyklusbetrachtungen in ökologischer und ökonomischer Hinsicht von grosser Bedeutung.

Im Zuge der Weiterbearbeitung können unterschiedliche Materialisierung und Haustechnikkonzepte mit einer Lebenszyklusanalyse verglichen und optimiert werden. Dabei werden die ökologische und ökonomische Gesamtbilanz über einen gesamten Nutzungszyklus hochgerechnet. Damit kann die Nachhaltigkeit über den Gesamtverbrauch festgestellt werden. Dabei zeigt sich, dass sich die ökonomischen und ökologischen Ansprüche über einen gesamten Nutzungszyklus betrachtet nicht konkurrieren. Die Initialinvestition ist bei einem nachhaltigen Gebäude in der Regel zwar höher als bei einem konventionellen Konzept, wird aber durch die geringeren Betriebsaufwände mehr als wettgemacht,

sodass sich Nachhaltigkeit in gesamtheitlicher Betrachtung nicht nur in ökologischer, sondern auch in ökonomischer Hinsicht lohnt (Abbildung 1).

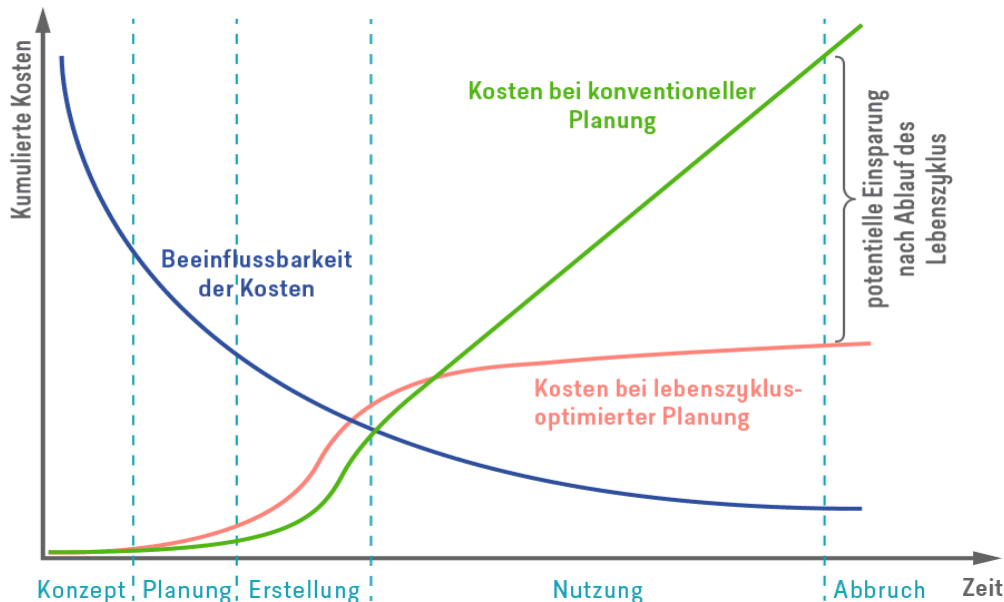


Abbildung 1: Gesamtkosten über Nutzungszyklus (Quelle: Springer Verlag)

4.2 Die Stadt als Baurechtsgeberin

Die Stadt stellt den Baurechtsnehmenden Anforderungen im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit und Ökologie von Gebäuden. Üblicherweise wird als Bedingung für eine Abgabe von Grundstücken im Baurecht ein Varianzverfahren gefordert. Die Stadt bedingt sich Einsitz in der Jury des Varianzverfahrens aus. So sichert sie sich den nötigen Einfluss auf die städtebaulichen und baugestalterischen Qualitäten sowie Aspekte der Nachhaltigkeit von Gebäuden auf ihrem Grundstück nehmen.

Neben dem Varianzverfahren ist es nach Zweckmässigkeit auch bereits heute Praxis, im Baurechtsvertrag weitere nachhaltige und ökologische Bedingungen verbindlich festzuhalten. Mit Fokus auf das Thema Nachhaltigkeit werden nach Eignung Photovoltaikanlagen oder Fassadenbegrünungen in neu abzuschliessende Baurechtsverträge integriert. Eine generelle Vorschrift, welche Baumaterialien für das zu erstellende Gebäude einzusetzen ist, wird jedoch nicht gemacht (s. Ziff. 4.3.1). Vielmehr wird darauf geachtet, dass den unterschiedlichen Kriterien des ökologischen und nachhaltigen Bauens generell mehr Beachtung geschenkt wird. Ziel ist es, dass auch die Baurechtsgrundstücke einen Beitrag an ein besseres Stadtklima sowie an die Erreichung der Klimaneutralität leisten; ein Ziel, welches letztlich auch den Baurechtsnehmenden unmittelbar Nutzen bringen soll und wird.

4.3 Rechtliche Grundlagen

4.3.1 Bauordnung

Damit die Stadt St.Gallen zu einer Vorzeigestadt des Holzbaus werden kann, fordern die Postulantinnen und Postulanten die Festlegung einer Holzbaupflicht in der Bauordnung. In erster Linie bringen sie dafür umweltpolitische Gründe – wie insbesondere die Verringerung des CO₂-Ausstosses – vor. Dafür findet sich aber weder im neuen kantonalen Planungs- und Baugesetz (sGS 731.1; PBG) noch

in anderen Erlassen von Bund oder Kanton eine gesetzliche Grundlage. Auch aus Gründen der Einordnung oder zur Erreichung einer besseren Gestaltung lässt sich eine Holzbaupflicht nicht begründen. Das PBG enthält, wie im Übrigen bereits das alte kantonale Baugesetz, kantonsweit einzig ein Verunstaltungsverbot. So sind die Erstellung von Bauten und Anlagen, die das Orts- oder Landschaftsbild verunstalten oder Baudenkmäler beeinträchtigen, grundsätzlich untersagt (Art. 99 Abs. 1 PBG). Gestaltungs- und Einordnungsvorschriften können hingegen in den kommunalen Bauordnungen einzig für Kern- und Schutzzonen sowie weitere konkret bezeichnete Gebiete vorgeschrieben werden (Art. 99 Abs. 2 PBG). Dementsprechend besteht keine Möglichkeit, für das gesamte Stadtgebiet eine grundsätzliche Holzbaupflicht aus gestalterischen Gründen vorzuschreiben. Vielmehr würde damit die Eigentumsgarantie in unzulässiger Weise eingeschränkt, da andere Materialien wie Beton und Backstein nicht mehr eingesetzt werden könnten. Ebenfalls würde eine solche Festlegung zu einer Verzerrung des Wettbewerbs und damit zu einer Verletzung der Wirtschaftsfreiheit führen.

4.3.2 Sondernutzungspläne

Sondernutzungspläne (SNP) ordnen die Bebauungs- und Nutzungsmöglichkeiten grösserer zusammenhängender Gebiete. Sie regeln dabei die Gestaltung, Anordnung und Nutzung der Gebäude und ihrer Umgebung in hoher städtebaulicher und architektonischer Qualität. Insbesondere wirken sie auf eine nachhaltige Stadtentwicklung hin, die sich aus verschiedenen Aspekten zusammensetzt und sich auf die örtlichen Gegebenheiten abstützt. Dafür kann mit Sondernutzungsplänen von der Regelbauweise nach der städtischen Bauordnung abgewichen werden.

Das Thema Nachhaltigkeit wird zu einem frühen Zeitpunkt im Entwicklungsprozess von Sondernutzungsplänen eingebracht. Vor der Erarbeitung eines Sondernutzungsplans werden planerische Rahmenbedingungen und öffentliche Interessen aufgearbeitet. Dabei werden alle relevanten städtischen Dienststellen einbezogen. Ein Bericht zu den planerischen Rahmenbedingungen wird den Planenden zur Verfügung gestellt und ist Grundlage für die Programme der qualitätssichernden Verfahren in der Projektentwicklung. Die Stadtplanung unterstützt die Planenden während der Entwicklungszeit in Zusammenarbeit mit der Dienststelle Umwelt und Energie beratend. Einen wichtigen Stellenwert hat die Durchführung einer sogenannten Nachhaltigkeitssitzung, welche zu Beginn des Sondernutzungsplanverfahrens zusammen mit der Bauherrschaft, Grundeigentümerschaft und Investorenschaft durchgeführt wird. So können Nachhaltigkeitsthemen frühzeitig in den Entwicklungsprozess eingebracht werden, womit in der Regel eine hohe Wirkung in Richtung nachhaltiger Bauweise erzielt werden kann.

Die sogenannten Besonderen Vorschriften zum Sondernutzungsplan können Aspekte einer nachhaltigen Bauweise grundeigentümergebunden vorgeben, unter anderem mit der Forderung nach einem Nachhaltigkeitskonzept. Dessen Erarbeitung geschieht bereits im Sondernutzungsplanverfahren, wird von der Dienststelle Umwelt und Energie eng begleitet und ist spätestens mit der Baueingabe einzureichen. Die Gesamtbeurteilung erfolgt auch hier nach dem SNBS. Damit ist eine umfassende Betrachtung der Nachhaltigkeit im ganzheitlichen Sinn gesichert. Weiter werden in den Besonderen Vorschriften üblicherweise die Fassaden- und Dachgestaltung sowie teilweise die Materialisierung festgelegt, dies unter Berücksichtigung der städtebaulichen und baukulturellen Gegebenheiten vor Ort. Solche Vorgaben können auch auf Verhandlungsbasis erreicht werden. In den Sondernutzungsplänen Waldacker und Stadtsäge wurde so zum Beispiel die Holzbauweise konstruktiv und gestalterisch vorgeschrieben.

4.4 Beratung und Vernetzung

Die Dienststelle Umwelt und Energie berät Bauherrschaften zu Fragen der Nachhaltigkeit und orientiert sich dabei am SNBS. Sie organisiert zudem Informationsveranstaltungen zu speziellen Themen und erstellt oder beteiligt sich an der Erarbeitung von Publikationen für Bauinteressierte und Fachpersonen wie z. B. dem Leitfaden «Nachhaltigkeit in Sondernutzungsplanungen». Dieser Leitfaden unterstützt die Erarbeitung eines Nachhaltigkeitskonzepts, welches im Rahmen von Sondernutzungsplanungen zu erstellen ist. Darüber hinaus im Leitfaden enthalten sind die nachhaltigen Einstiegsthemen wie z. B. Stadtklima, klimaoptimiertes Bauen oder Wohlbefinden und Gesundheit. Der Leitfaden formuliert Empfehlungen, die unabhängig von der Sondernutzungsplanung in der Regel bei allen Bauten umgesetzt werden können. Ein weiteres wichtiges Thema der Nachhaltigkeit ist, den Lebenszyklus respektive die Kreislaufwirtschaft im Bau zu berücksichtigen. Dies wird mit der heutigen Bauweise noch nicht im grossen Stil umgesetzt. Deshalb steht in den kommenden Jahren die Information zum Thema Kreislaufwirtschaft in der Planung von Gebäuden im Fokus.

In der Beratung bei Testplanungen oder Projektwettbewerben in der Sondernutzungsplanung ist es wichtig, dass die Einbindung der nachhaltigen Themen phasengerecht im Planungsprozess erfolgt. Deshalb wird zurzeit in Zusammenarbeit mit Fachpersonen ein Instrument entwickelt, welches die Nachhaltigkeit in qualitätssichernden Verfahren sichern soll. Dies geschieht in einem ersten Schritt in enger Abstimmung mit der Stadtplanung. In einem zweiten Schritt soll dieses Instrument auch mit allen anderen Dienststellen abgestimmt werden. Dieses Instrument kann in der Regel bei allen Bauvorhaben eingesetzt werden. Daneben besteht ein enger verwaltungsinterner Austausch zur Realisierung kleinerer städtischer Pilotprojekte. Die dadurch gewonnenen Erfahrungen können bei Grossprojekten bei der Umsetzung von innovativen Massnahmen im nachhaltigen Bauen helfen.

Die Stadt St.Gallen arbeitet für die Themen «Wohlbefinden und Gesundheit» und «Green PV» mit der Hochschule Luzern zusammen. Mit dem Projekt «Wohlbefinden und Gesundheit» sollen die nicht messbaren Aspekte sichtbar (beschreibbar) gemacht werden. Mit dem Forschungsprojekt «Green PV» des Bundesamts für Energie werden Lösungsansätze zur optimalen Fassadengestaltung mit Photovoltaik und Begrünung im Hinblick auf den Klimawandel untersucht. Beide Themen sind bereits Teil der städtischen Beratungen.

Seit dem Jahr 2021 besteht zusätzlich zum «SNBS Hochbauten» der «SNBS Infrastruktur» für Infrastrukturbauten. Damit wurden bei schweizweiten Pilotprojekten bereits gute Erfahrungen gemacht. Zurzeit wird mit den zuständigen Dienststellen geklärt, inwieweit der «SNBS Infrastruktur» auch in der Stadt St.Gallen eingesetzt werden kann.

5 Fazit

Die Stadt St.Gallen nimmt mit Beratung und Aufklärung, Förderung und Anreizen und lenkend mit spezifischen Auflagen und Rahmenbedingungen sowie in ihrer Rolle als Eigentümerin und Bauherrin Einfluss auf die Nachhaltigkeit eines Bauwerks. Als Bauträgerin und Bestellerin nimmt die Stadt massgeblich auf die nachhaltige Konzeption von Bauwerken Einfluss. Sie tut dies implizit über die Bewertungskriterien des SNBS und explizit über die Formulierung von Vorgaben zur Nachhaltigkeit und bei Wettbewerbsverfahren. Sie begünstigt damit innovative Lösungen mit Vorbildcharakter und prägt so eine nachhaltige Baukultur mit. Als Baurechtsgeberin fordert die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten

nachhaltige Bauweise bei Baurechtsnehmende ein. Als Bewilligungsbehörde sucht die Stadt über Einflussnahme insbesondere in den frühen Phasen der Projektentwicklung die Weichen für die Nachhaltigkeit nicht nur im bautechnischen Sinne, sondern auch in Bezug auf den Orts- und Städtebau zu stellen.

Der Stadtrat ist der Ansicht, dass nachhaltiges Bauen – explizit auch der Holzbau – bei öffentlichen und privaten Bauvorhaben in der Stadt St.Gallen im Sinne der Nachhaltigkeit nach SNBS bereits heute massgeblich gefördert wird. Der Stadtrat verpflichtet sich auch in Zukunft, nachhaltige Bauweisen im Rahmen seiner Möglichkeiten einzufordern – auch wenn eine gesetzliche Festschreibung der Baumaterialwahl in der Bauordnung im Sinne der Postulantinnen und Postulanten nicht möglich ist. Die Stadt St.Gallen soll sich zu einer Vorsorgestadt für nachhaltiges Bauen entwickeln.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Die Stadtschreiber-Stellvertreterin:
Carmen Betschart

Beilage:
▪ Postulat vom 22. Oktober 2019